



AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search

<http://ageconsearch.umn.edu>

aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

Lüthge, J.: Analyse investitionshilfengeförderter Betriebe. In: Schmitt, G., Steinhauser, H.: Planung, Durchführung und Kontrolle der Finanzierung von Landwirtschaft und Agrarpolitik. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 15, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (1978), S. 355-362.

ANALYSE INVESTITIONSHILFENGEFÖRDERTER BETRIEBE

von

Jürgen Lütthge, Hannover

1	Einleitung	355
2	Zur Datengrundlage und Methodik	356
3	Regionale und betriebspezifische Verteilung der Fördermittel und -anträge	356
4	Kennzeichnung geförderter Betriebe und ihrer Investitionspläne	358
5	Entwicklung der Betriebe nach Förderung	360
6	Konsequenzen für die Gestaltung und Durchführung der Einzelbetrieblichen Förderung	361

1 Einleitung

Die Diskussionen über das "Einzelbetriebliche Förderungsprogramm" sind seit Anwendung der Förderungsgrundsätze im Jahr 1971 in wissenschaftlichen und agrarpolitischen Kreisen kontrovers. Ohne auf die vielschichtigen Probleme einer Erfolgskontrolle des Programms einzugehen, sollen im vorliegenden Beitrag Informationen vermittelt werden, die den Analysen von Betriebsentwicklungsplänen und Auflagenbuchführungen niedersächsischer Förderbetriebe zu entnehmen sind.

Die Untersuchungen beschränken sich hierbei auf die "entwicklungsfähigen Haupterwerbsbetriebe", deren Förderung das Kernstück des Investitionshilfenangebots darstellt; sie lassen sich folgenden drei Bereichen zuordnen:

1. Verteilung der Förderfälle und -mittel auf die verschiedenen Regionen und Betriebstypen des Landes;
2. Charakterisierung geförderter Betriebe und ihrer Investitionspläne;
3. Entwicklung der wirtschaftlichen Situation von Betrieben nach Durchführung der geförderten Investitionsprojekte.

Anhand der ermittelten Ergebnisse sollen einige Schlußfolgerungen im Hinblick auf die Ausgestaltung des Programms diskutiert werden, die teilweise bereits in den niedersächsischen Durchführungsbestimmungen ihren Niederschlag gefunden haben.

2 Zur Datengrundlage und Methodik

In die Analysen wurden etwa 7.500 genehmigte Betriebsentwicklungspläne aus den Antragsjahren 1971 bis 1976 und etwa 5.700 Auflagenbuchführungen aus den Wirtschaftsperioden 1972/73 bis 1975/76 einbezogen.

Die Speicherung des Datenmaterials wurde so systematisiert, daß einerseits Einblicke in den Entwicklungsverlauf und in die Realität der Entwicklungsplanungen identischer Betriebs- und Investitionsgruppen eines Antragsjahres vermittelt werden können und andererseits Vergleiche zwischen den verschiedenen Antragsjahren oder den einzelnen Wirtschaftsperioden der Auflagenbuchführung ermöglicht werden. Zu diesem Zweck wurde der jeweilige Datenbestand eines Einzelbetriebes folgenden Kategorien zugeordnet:

- Ausgangsjahr der Betriebsentwicklung
- Entwicklungsziel
- Buchführungsergebnis nach Förderung.

Für jede Kategorie wurden maximal 50 Kennziffern je Betrieb erfaßt, die Informationen über Faktorausstattung, Einkommenssituation und wesentliche Bilanzkriterien vermitteln. Darüber hinaus wurde der Datensatz des Ausgangsjahres der Betriebsentwicklung um die Angaben des Investitions- und Finanzierungsplans erweitert.

Der Gruppierung der Daten dienen regionale Abgrenzungskriterien (Bezirke, Kreise) und betriebstypische Merkmale (Flächenausstattung, Betriebssystem, Investitionsvorhaben). Die Durchschnittsergebnisse einer Gruppe können ähnlich wie bei den Einkommensanalysen des Agrarberichts in drei Teilgruppen zerlegt werden. Neben dem Gesamtdurchschnitt einer Gruppe werden Ergebnisse für die einkommensstarken und einkommenschwachen Betriebe ausgewiesen.

3 Regionale und betriebspezifische Verteilung der Fördermittel und -anträge

Insgesamt wurden im Untersuchungszeitraum in Niedersachsen etwa 10.000 Betriebsentwicklungspläne genehmigt. In Verbindung mit Angaben über die Betriebsgrößenstruktur bedeutet dies, daß etwa jeder vierte Betrieb mit einer Flächenausstattung von über 25 ha LF Fördermittel im Rahmen eines Betriebsentwicklungsplans erhalten hat. Dabei wurden 75 Mill. DM öffentliche Zuschüsse, 235 Mill. DM öffentliche Darlehen (1 % Zinsen, Laufzeit über 37 Jahre) und Zinszuschüsse für ein Kreditvolumen von 460 Mill. DM bewilligt.

Bei einer regionalen Abgrenzung Niedersachsens anhand der Wirtschaftsgebiete des Agrarberichts ergibt sich für die regionale Verteilung der Förderanträge ein etwa gleiches Bild wie bei der Verteilung der Vollerwerbsbetriebe, obwohl keine Kontingentierung des Förderolumens für die verschiedenen Regionen vorgenommen wurde.

Analysen zur Verteilung der Fördermittel, denen eine Berechnung der Subventionswerte (Summe aus kapitalisierten Zinsvergünstigungen und Zuschüssen) der verschiedenen Investitionshilfen vorausging, zeigen jedoch eine verstärkte Begünstigung schwachstrukturierter Gebiete. So entfallen beispielsweise nahezu 45 v.H. des Gesamtsubventionswertes auf die Gebiete des Emslandes und der Nordseemarschen und -geesten. Die besonders intensive Förderung dieser Regionen im Gegensatz zu Standorten mit besseren natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen läßt sich auch aus den ermittelten Subventionswerten je Betriebsentwicklungsplan entnehmen.

Während der höchste Durchschnittswert in der Emsland-Region mit etwa 63.000 DM je Betrieb zu verzeichnen ist, liegt dieser Wert im Bereich der Braunschweig-Hildesheimer-Lößböden mit etwa 13.000 DM am niedrigsten.

Übersicht 1: Verteilung der in den Jahren 1971 bis 1975 bewilligten Investitionshilfen und Subventionswerte für Haupterwerbsbetriebe in Niedersachsen. - Gliederung anhand der Regionenabgrenzung des Agrarberichts

Region	Zahl der BEP'e (v. H.)	Subventions- wert ¹⁾ (v. H.)	Subventions- wert je BEP (DM)	Zahl der VE-Betriebe 1971 (v. H.)
Nordseemarschen und -geesten	20,6	28,5	50.896	20,6
Emsland	8,2	13,8	62.894	10,3
Oldenburg- Mittelweser	23,2	24,3	39.149	28,8
Flußauen und Heidegeb.	21,5	19,3	33.475	20,4
Ostheide	7,1	4,1	21.975	4,9
Braunschw.- Hildesheimer Lößbörden	8,1	2,8	13.324	6,1
Leinebergland	11,3	7,2	24.116	8,9

1) Repräsentativzinssatz: 8 %

öffentliche Darlehen: Laufzeit 37 Jahre, Faktor 0,736

zinsverbilligte Kapitalmarktdarlehen: Laufzeit 14,5 Jahre, Faktor 0,236.

Wird berücksichtigt, daß mit den Investitionshilfen der "Einzelbetrieblichen Förderung" insbesondere der Anpassungsprozeß von Betrieben in ungünstig strukturierten Gebieten an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung unterstützt werden soll - die relativ günstigen Förderungskonditionen für die sogenannten "benachteiligten Gebiete" rechtfertigen diese Annahme - ist die dargestellte Verteilung der Mittel zielkonform (vgl. hierzu Übersicht 1).

Die Programmziele und die Verteilung der Mittel geraten jedoch in einen Konflikt mit den Zielen einer langfristig sinnvollen Agrarstrukturpolitik, wenn von einer verstärkten Investitionsförderung agrarstrukturell schwächerer Regionen Mobilitätshemmnisse in den Betrieben hervorgerufen werden, deren langfristige Entwicklungsfähigkeit nicht gesichert ist. Die zukünftige Verteilung der Mittel sollte daher kritisch analysiert werden. Hierbei bleibt zu berücksichtigen, daß Mittel der Agrarstrukturpolitik allein nur einen geringen Beitrag zur Entwicklung ungünstig strukturierter Gebiete leisten können.

Die Verteilung der Förderfälle und -mittel (Subventionswerte) auf die verschiedenen Betriebssysteme ist beispielsweise für das Jahr 1974 in Übersicht 2 ausgewiesen.

Das hohe Bewilligungsvolumen für Futterbaubetriebe wird einerseits durch ihren relativ umfangreichen Kapitalbedarf zur Wachstumsfinanzierung und andererseits durch vergleichsweise günstige Förderungskonditionen verursacht.

Da die Investitionsförderung für Milcherzeugerbetriebe angesichts der Situation auf dem Milchmarkt erheblicher Kritik ausgesetzt ist, wurden die Änderungen der Produktionsstruktur in diesen Betrieben bei den Untersuchungen der Entwicklungspläne erfaßt. Hierbei

Übersicht 2: Verteilung der Subventionswerte und Förderfälle in Niedersachsen im Jahr 1974 - Gliederung nach Betriebssystem

Betriebs- system	Zahl der BEP'e (v. H.)	Zahl der Be- triebe (LZ 1971) (v. H.)	Subventions- wert/Betrieb (DM)	Summe der Subventions- werte (v. H.)
Marktfruchtbetr.	22,6	24,4	25.761	13
Futterbaubetr.	35,9	39,1	56.074	47
Veredelungsbetr.	13,1	6,7	33.967	11
Dauerkulturbetr.	0,8	1,0	34.233	1
Gemischtbetr.	26,7	28,5	41.009	27
Gartenbaubetr.	0,9	0,3	42.542	1

zeigte sich, daß etwa jeder zweite Förderbetrieb eine Aufstockung seiner Milchviehherde plant. Demgegenüber ist eine Bestandsabstockung in jedem zehnten Betrieb vorgesehen. Die Aufstockungen wurden in erster Linie in Betrieben mit hohem Grünlandanteil gefördert, deren Standorte fast ausnahmslos im Grünlandgürtel des Küstenraumes und in den Niederungsregionen der niedersächsischen Flußgebiete liegen. Hieraus kann gefolgert werden, daß die Investitionshilfen für Milchviehbetriebe Niedersachsens zur Produktionsverlagerung auf Grünlandstandorte beitragen, die von einer zunehmenden Produktionsspezialisierung in diesen Regionen begleitet wird.

Aus der angedeuteten regionalen und betriebsspezifischen Verteilung der Fördermittel für Haupterwerbsbetriebe geht hervor, daß die Investitionshilfen vorrangig in Gebiete mit ungünstigeren wirtschaftlichen und natürlichen Bedingungen fließen und nicht in die guten Agrarräume wie dies häufig bei Diskussionen über die Ausgestaltung des Förderprogramms vermutet wird. Bei dieser Aussage ist zu berücksichtigen, daß in Niedersachsen die Förderungsschwelle nicht regionalisiert wurde.

4 Kennzeichnung geförderter Betriebe und ihrer Investitionspläne

Aus Raumgründen kann eine breitere Darstellung des vorliegenden Datenmaterials im Rahmen dieses Beitrages nicht erfolgen. Zu einer groben Charakterisierung sollen folgende Kennziffern (1) genügen (vgl. auch Übersicht 3).

Die geförderten Betriebe bewirtschaften in der Ausgangssituation der Betriebsentwicklung im Landesdurchschnitt etwa 50 ha LF. In Marktfruchtbetrieben liegt dieser Wert um 10 ha höher, in den übrigen Betriebssystemen wird er im Gruppenmittel um 10 ha bis 15 ha unterschritten.

Im Verlauf der Betriebsentwicklung soll der durchschnittliche Nutzflächenumfang um etwa 10 v. H. aufgestockt werden. Für die Betriebsgrößenstruktur der antragstellenden Betriebe sind für die verschiedenen Antragsjahre keine wesentlichen Verschiebungen zu erkennen, so daß ein Einfluß der angehobenen Förderswellenwerte nicht zu erkennen ist. Diese schlagen sich allerdings in den ermittelten Einkommen der jeweiligen Zielkalkulationen nieder. Beispielsweise sind für den durchschnittlichen Gewinn des Zieljahres der Anträge des Jahres 1973 DM 42.700 je Betrieb ausgewiesen, gegenüber DM 59.800 im Jahr 1975.

Unrealistische Werte für die Ertrags-Aufwandsbeziehungen der Zielkalkulationen lassen sich für den Landesdurchschnitt nicht nachweisen, vielmehr beruhen die geplanten Einkommenssteigerungen auf Kapazitätsaufstockungen und/oder Rationalisierungseffekten. In welchem Umfang die Zielkalkulationen realisiert wurden, werden die Ergebnisse aus Aufgabebuchführungen erkennen lassen.

Bei den geförderten Investitionsprojekten bilden Wirtschaftsgebäude mit etwa 60 v. H. des ausgewiesenen Bruttoinvestitionsvolumens von 1,3 Mrd. DM (ohne Wohnteilinvestitionen und Umlaufkapital) einen eindeutigen Schwerpunkt. Auf Maschineninvestitionen entfallen etwa 20 v. H., auf Landkäufe 7 v. H., während für Viehzukäufe ca. 10 v. H. des Gesamtvolumens ausgewiesen sind. Analysen zur Verteilung der Fördermittel zeigen, daß rund 85 v. H. der Subventionswerte auf Gebäudeinvestitionen entfallen, gegenüber einem Anteil von 8 v. H. für Maschineninvestitionen und 5 v. H. für Landkäufe.

Übersicht 3: Kennzeichnung investitionshilfengeförderter Betriebe und ihrer Investitionspläne in Niedersachsen (Antragsjahre 1971 bis 1976)

	1972	1973	1974	1975	1976
ha LF / Betrieb					
Ist	51	46	46	49	48
Ziel	55	51	51	53	52
AK / Betrieb					
Ziel	2,2	2,1	2,0	2,1	2,1
Gewinn / Betrieb (DM)					
Ist	29.200	33.400	36.500	38.200	44.000
Ziel		42.700	51.600	59.800	64.100
Gewinn / Familien-AK (DM)					
Ist	19.500	21.200	22.500	24.500	27.400
Ziel			32.400	37.400	40.000
Lebenshaltungsaufwand inkl. privater Steuern (DM)					
Ist	23.900	23.800	26.400	30.400	32.700
Ziel	26.700	27.100	30.800	35.500	39.100
Eigenkapitalbildung (DM)					
Ist	7.700	10.500	13.300	15.600	15.300
Ziel	15.500	16.500	16.500	22.900	25.100
Bruttoinvestitionen (ohne Umlaufkapital und Wohnteil)					
Landkauf v. H.	9,5	4,9	6,4	7,2	5,9
Bodenverbesserung v. H.	1,3	0,9	0,8	0,9	1,3
Wirtschaftsgebäude v. H.	54,0	57,8	64,8	59,9	65,0
Maschinen v. H.	21,0	19,1	20,3	24,6	19,0
Vieh v. H.	14,2	17,3	7,7 ⁺	7,4 ⁺	8,8 ⁺

⁺ ab 1974 konnten nur noch die geplanten Viehzukäufe erfaßt werden.

5 Entwicklung der Betriebe nach Förderung

Die Untersuchungen (2) von 5.700 Auflagenbuchführungen der Wirtschaftsjahre 1972/73 bis 1975/76 weisen durchschnittliche Einkommen aus, die zunächst auf langfristige Entwicklungschancen der geförderten Betriebe schließen lassen. Bei einer stärkeren Gruppierung der Jahresabschlüsse zeigen sich jedoch für eine bedeutende Zahl geförderter Betriebe so ungünstige Wirtschaftsergebnisse, daß ihre langfristige Existenz gefährdet erscheint. Mit Ausnahme des Wirtschaftsjahres 1975/76 waren in allen untersuchten Buchführungsjahrgängen in nahezu 30 v. H. der untersuchten Fälle Eigenkapitalverluste ausgewiesen, die allerdings vielfach durch eine mangelnde Anpassung des Lebenshaltungsaufwandes an die Ertragslage des Betriebes hervorgerufen wurden. Die deutliche Unterschätzung dieser Position in den Zielkalkulationen der Entwicklungspläne ist besonders auffällig.

Hinsichtlich des Einkommensniveaus werden im Landesdurchschnitt die Zielkalkulationen zwar erheblich überschritten, jedoch bleibt zu berücksichtigen, daß diese Entwicklungstendenz in erster Linie durch die Entwicklung besonders erfolgreicher Betriebe bedingt ist, für die im Regelfall vorsichtige Einkommensprojektionen vorgenommen wurden.

In der Teilgruppe der weniger erfolgreichen Betriebe (25 v. H. der Betriebe mit dem niedrigsten Gewinn) war beispielsweise im Wirtschaftsjahr 1974/75 ein durchschnittlicher Eigenkapitalverlust von annähernd DM 8.000 zu verzeichnen, während der Gewinn je Familienarbeitskraft bei etwa DM 11.600 lag. Selbst im äußerst günstigen Wirtschaftsjahr 1975/1976 konnte diese Teilgruppe keine Eigenkapitalvermehrung erzielen.

Wenn auch zwischen Einkommenssituation und Faktorausstattung sowie Förderintensität deutliche Beziehungen nachzuweisen sind, bleibt festzustellen, daß der unbefriedigende Entwicklungsverlauf von Betrieben in allen Teilgruppen nachzuweisen ist, wenn das Datenmaterial nach betriebsspezifischen Kriterien oder Kriterien der Förderungsintensität klassifiziert wird.

Die ungünstige Situation der weniger erfolgreichen Betriebe stellt sich bei einer Gliederung der Betriebe anhand der Flächenausstattung für das Wirtschaftsjahr 1974/75 wie folgt dar:

Fläche (ha LF)	Gewinn je Fam-AK (DM)	Eigenkapitalbildung (DM)
unter 20	7.795	- 5.356
20 - 30	7.860	- 9.946
30 - 50	11.582	- 6.307
50 - 70	12.006	- 9.369
70 - 100	13.619	- 13.380

Obwohl zu berücksichtigen ist, daß sich ein Teil der untersuchten Betriebe in der Übergangsphase zur Zielplanung befindet, lassen sich für die unbefriedigende Situation vieler Betriebe folgende Kennzeichen aufführen:

- unzureichendes Ertrags- und Leistungsniveau in den verschiedenen Betriebszweigen;
- unwirtschaftlicher Einsatz von Vorleistungen;
- vergleichsweise niedrige Erzeugerpreise aufgrund geringerer Qualitäten;
- fehlerhafte Investitionspläne aufgrund überschätzter Eigenfinanzierungsmöglichkeiten;
- unzureichende Anpassung des Lebenshaltungsaufwandes an die Ertragslage des Betriebes.

Partielle Fördereffekte sind ohne Ausschaltung exogener Einflüsse auf den Einzelbetrieb aus einem Einkommensvergleich vor und nach Förderung nicht zu ermitteln. Die vorliegenden Ergebnisse lassen allerdings folgende Tendenzen erkennen:

Buchführungsdaten aus Betrieben, die Investitionshilfen für Gebäudeinvestitionen erhalten haben, zeigen für den Durchschnittsbetrieb einen positiven Entwicklungsverlauf. Dieser Weg kann für qualifizierte Betriebsleiter auch flächenärmerer Betriebe zur langfristigen Existenzsicherung beitragen. Die Ergebnisse demonstrieren jedoch auch, welche Risiken auftreten, wenn im Rahmen von Kapazitätserweiterungen Viehaufstockungen ohne begleitende Flächenausdehnungen vorgenommen werden. In Fällen mit ungenügender Produktionstechnik in der Ausgangssituation erwies sich der öffentlich geförderte "Wachstumsschub" für eine Einkommenssicherung vielfach als ungeeignet. Hier hätte zunächst die Produktionstechnik verbessert werden müssen, um die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für einen solchen Schritt zu schaffen.

Aus diesen verschiedenen Entwicklungsverläufen ist zu erkennen, welche Bedeutung ein selektiv ausgerichtetes Förderungsprinzip erlangt, wenn verhindert werden soll, daß Betriebe nach Förderung mit unzureichendem Einkommen und Substanzverlusten bewirtschaftet werden. Sie zeigen ebenfalls die Bedeutung der realistischen Erfassung des Leistungsniveaus der Betriebe in der Ausgangsphase der Betriebsentwicklung.

Daten aus Betrieben, denen Investitionshilfen für Landkäufe gewährt wurden, deuten an, daß die Kaufpreise häufig über den Ertragswerten liegen. Die Durchschnittseinkommen dieser Gruppe zeigen vergleichsweise hohe Werte. Sie sind allerdings auf die äußerst günstige Entwicklung gutorganisierter Betriebe zurückzuführen, die in ihrer Richtung auch ohne oder mit geringerem Einsatz öffentlicher Mittel verlaufen wäre. In flächenärmeren Betrieben sind positive Einflüsse dieser Förderungsmaßnahmen nicht zu erkennen, wenn durch Liquiditätsengpässe die Entwicklungsalternativen der Betriebe eingeschränkt wurden.

Zukünftig sollte die Förderung des Landkaufs daher auf Ausnahmefälle beschränkt werden.

In Betrieben, deren Betriebsentwicklungspläne vorrangig Maschineninvestitionen vorsahen, ist das kalkulierte Einkommenswachstum vielfach nicht zu erkennen. Geförderte Überkapazitäten oder Ersatzinvestitionen sind hierfür häufigste Ursache. Ohne begleitende Kapazitätsaufstockungen können die Hilfen zwar zur Arbeiterleichterung beitragen, ihr einkommenssteigernder Effekt ist jedoch im Regelfall gering zu bewerten und wurde in den Betriebsentwicklungsplanungen häufig überschätzt. Die positive Entwicklung der erfolgreichsten Betriebe dieser Gruppe wäre in ihrer Tendenz auch bei einem geringeren Einsatz öffentlicher Investitionshilfen verlaufen, da sie maßgeblich auf anderen Einflußgrößen (z.B. Flächenaufstockungen) beruht.

Die verringerte Förderungsintensität für Maschineninvestitionen - die in den heute gültigen Richtlinien vorgesehen sind - müssen daher als sachgerecht bezeichnet werden.

Demgegenüber muß eine Überführung dieser Fördermaßnahmen in den Bereich eines allgemeinen Agrarkreditprogramms für die Landwirtschaft, das von den Merkmalen eines selektiven Programms entkleidet ist, skeptisch beurteilt werden. Diese Forderungen, die in jüngster Zeit häufig vorgetragen wurden, beinhalten die Gefahr zusätzlicher Fehlentscheidungen bei Maschineninvestitionen.

6 Konsequenzen für die Gestaltung und Durchführung der Einzelbetrieblichen Förderung

Aus der erkennbaren ungünstigen Entwicklung in einer zu großen Zahl von Förderbetrieben, wurden in Niedersachsen Schlußfolgerungen gezogen. Insbesondere wurden die Anforderungen an die Sicherheit der vorzulegenden Betriebsdaten, auf deren Grundlagen Entscheidungen über die Entwicklungsfähigkeit der Betriebe getroffen werden, geändert. Im Regelfall können seit dem Jahr 1976 nur noch Investitionsprojekte von Betrieben gefördert werden, in

denen zwei Buchabschlüsse der Stufe III vorliegen. Dieser Schritt, dem Übergangsregelungen vorausgingen, die z.B. mindestens die Vorlage einer Eröffnungsbilanz vorsahen, wurde vorzeitig angekündigt. Er stellt eine Verschärfung des Selektionsverfahrens gegenüber anderen Bundesländern dar und soll Fehlurteile zur Frage der Entwicklungschancen investitionshilfenbeanspruchender Betriebe auf ein möglichst niedriges Maß beschränken.

Diese Änderung war mit einer erheblichen Vereinfachung des Betriebsentwicklungsplans verbunden, so daß der ursprünglich umfangreiche Verfahrensaufwand in Beratung und Verwaltung erheblich reduziert werden konnte. Zur Zeit werden weitere Vereinfachungsschritte für Betriebe untersucht, deren positiver Entwicklungsverlauf in der Vergangenheit durch Buchführungsergebnisse belegt wird, und in denen Investitionen geringeren Umfangs vorgehen sind.

Die vorliegenden Vorschläge zur Vereinfachung des Förderverfahrens entwicklungsfähiger Betriebe, die partielle Wirtschaftlichkeitsüberlegungen für die geplanten Investitionen stärker in den Vordergrund stellen möchten, erscheinen dagegen weniger sachgerecht, da hierbei die Gesamtsituation des Betriebs nicht ausreichend beachtet wird.

Die Frage des sachgerechten Beurteilungsmaßstabes für die Entwicklungsfähigkeit ist seit Einführung der Einzelbetrieblichen Förderung vielfach diskutiert worden. Hierbei wurden die zentralen Fragen der Ausgestaltung des Programms häufig in den Hintergrund gedrängt. Dies gilt besonders für den Zeitraum nach Einführung des Maßstabes "vergleichbares Arbeits-einkommen". Die bekannten Probleme seiner Ermittlung und seine geringe Aussagefähigkeit über die langfristigen Entwicklungschancen haben dazu geführt, daß diesem Maßstab in Niedersachsen nur die Funktion einer Nebenbedingung eingeräumt wird.

Im Mittelpunkt der Beurteilung der Entwicklungsfähigkeit stehen hier der Gewinn und die Eigenkapitalbildung des Betriebes. Da für die Eigenkapitalveränderung des Zieljahres den Lebenshaltungsentnahmen eine besondere Bedeutung zukommt, wird der Analyse dieser Position eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Auflagenbuchführungen lassen zwar erkennen, daß eine ausreichende Eigenkapitalbildung in Einzelfällen auch bei geringeren Gewinnen und sparsamen Entnahmen für die Lebenshaltung zu erzielen ist, jedoch zeigen die Durchschnittswerte - auch aus wirtschaftsschwächeren Gebieten - daß diese Verhaltensweise für den überwiegenden Teil der Betriebe nicht charakteristisch ist.

Sollten die Vorschläge, die auf eine Abgrenzung der entwicklungsfähigen Betriebe anhand der zukünftigen Eigenkapitalbildung ausgerichtet sind, Eingang in das Förderprogramm finden, sollten hierbei Untergrenzen für das erforderliche Mindestkonsumniveau entwicklungs-fähiger Betriebe formuliert werden. Hiemit könnte den Zielen einer langfristig ausgerichteten Strukturpolitik entsprochen werden, die nicht darauf gerichtet sein dürfen, Betriebe zu fördern, deren Existenzfähigkeit nur aufgrund eines permanenten Konsumverzichts ermöglicht wird.

In den Diskussionen über das geeignete Selektionsverfahren im Rahmen der Einzelbetrieblichen Förderung wird vielfach nur ungenügend berücksichtigt, daß die Entscheidungen auf zukunftsgerichteten Daten beruhen und wohl auch beruhen müssen, da es sich bei den geförderten Projekten um Wachstums- und/oder Rationalisierungsinvestitionen handelt. Unbekannte Ertrags-Aufwandsrelationen, aber auch Manipulationsmöglichkeiten können hierbei die Planungen entscheidend beeinflussen. Der Erfolg der Förderungsmaßnahmen wird daher auch in erheblichem Umfang vom Informationsstand der Beratung und der bewilligenden Institutionen abhängig sein. Ihre sachliche Information über zukünftige Entwicklungsperspektiven des Agrarsektors dürfte ein sehr wirksamer Weg zur langfristigen Effizienzsteigerung von Investitionshilfen sein.

Literatur

- 1 Beauftragter des Landes Niedersachsen für die Einzelbetriebliche Förderung, 1971 bis 1976: Förderungsmaßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft Niedersachsen, Jahresberichte (vielfältiges Manuskript) Hannover.
- 2 Beauftragter des Landes Niedersachsen für die Einzelbetriebliche Förderung, 1972 bis 1976: Wirtschaftliche Situation mit Investitionshilfen geförderter Betriebe in Niedersachsen, (vielfältiges Manuskript) Hannover.